

Jahresbericht der nationalen Plattform für Sans-Papiers und ihrer Kerngruppe 2020

Präambel

Die Aktivitäten der Plattform wurden wie alles durch die Covid-Krise beeinflusst, zumal Sans-Papiers ganz besonders vom plötzlichen Stillstand der Wirtschaft betroffen waren. Hausangestellte, Gastronomiepersonal, Bauarbeiter. Entlassen oder über Nacht dazu aufgefordert, am nächsten Tag nicht mehr zur Arbeit zu erscheinen, ohne garantiertes Einkommen oder Unterstützung.

Mehr als die Hälfte der Menschen, die in Genf für Nahrungsmittelhilfe anstanden, waren Sans-Papiers, wie eine Studie des HUG ergab. Dieser Anteil dürfte in allen Städten, in denen das gleiche Phänomen beobachtet wurde, ähnlich hoch sein. Nach der Nahrungsmittelhilfe wurde das Wohnungsproblem schnell zu einer Notlage. Es wurde mit Räumung gedroht, und auch hier gab es keine Hilfe von Seiten der Behörden, um auszuhelfen. Schließlich war auch der Zugang zur Impfung ein schwieriges Thema für diese Bevölkerungsgruppe, weil sie aus Angst einer Denunziation sehr zurückhaltend sind, Gesundheitseinrichtungen aufzusuchen.

Politische Arbeit der Plattform

Anfang 2020 hat die Plattform für Sans-Papiers schnell auf die neuen Herausforderungen reagiert. Bei der Staatspolitischen Kommission (SPK) konnte sie einbringen, dass der Verlust des Arbeitsplatzes aufgrund von Covid keinen Einfluss haben darf bei der Beurteilung einer laufenden Legalisierung oder bei Personen, welche erst vor kurzen eine B-Bewilligung erhalten haben. Dies soll solange gelten, wie die Covid-Krise andauert. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat eine entsprechende Empfehlung an die betroffenen Verwaltungsstellen ausgesprochen.

In Bezug auf Covid und den Zugang zu medizinischer Versorgung und Impfstoffen wurde ein Brief an das Bundesamt für Gesundheit geschickt, um unsere Befürchtungen und Forderungen bezüglich des Zugangs von Sans-Papiers zu Gesundheitsstrukturen zum Ausdruck zu bringen. Die Antwort verwies auf die Zusammenarbeit mit der nationalen Plattform für Gesundheitsversorgung von Sans-Papiers. Aufgrund der thematischen Nähe dieser Plattform, haben wir uns dazu entschieden, ihr diesen Bereich zu überlassen.

Eine wichtige Aktivität der Plattform für Sans-Papiers in der ersten Jahreshälfte 2020 bestand darin, die dramatischen Situationen von Menschen, die für Lebensmittel anstehen, zu verdeutlichen. Wir haben ein Forderungspapier drei Schwerpunkten formuliert: Legalisierung, direkte Hilfe während der Krise und darüber hinaus (Sonderfonds), gesicherte Existenzgrundlagen für alle. Dieses Papier wurde von den Medien aufgegriffen, und wir konnten Artikel in der französischen und deutschsprachigen Presse mit Aussagen von direkt Betroffenen erreichen, die wir aufgespürt und zu Interviews begleitet haben.

In der Parlamentssitzung im Juni 2020 beantragte eine Minderheit 10 Millionen Franken zur Unterstützung von Organisationen, die sich um Menschen in prekären Verhältnissen kümmern, einschließlich Sans-Papiers. Der Änderungsantrag wurde

abgelehnt. In der Folge wurde im Ständerat eine Motion von Elisabeth Baume-Schneider eingereicht, die einen Fonds für Krisenzeiten fordert. Die Behandlung dieses Antrags wurde aus Zeitgründen zweimal verschoben.

Zur Antwort auf das Postulat 18.3381 "Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers" hat der Bundesrat am 18. Dezember (!) 2020 seinen Bericht veröffentlicht. Es war uns daher unmöglich, vor den Weihnachtsferien zu reagieren. Es wurde deshalb beschlossen, im Jahr 2021 ein Positionspapier zu erarbeiten, das für die Behandlung dieses Berichts in der SPK verwendet werden soll. Zumal der Inhalt des Berichts enttäuschend war und eine ausführliche Antwort erforderte.

Interne Aktivitäten der Plattform

3 Projekte wurden gestartet:

- 1) Es wurde beschlossen, eine Art Monitoring der kantonalen Praktiken in den verschiedenen Bereichen im Zusammenhang mit Sans-Papiers zu erarbeiten. Die Mitglieder der Plattform wurden gebeten, einen Fragebogen auszufüllen.
- 2) Informationen über die Anzahl und die Behandlung von Härtefällen durch die Kantone waren ebenfalls ein Thema für die Plattform. Ziel ist es, die Ungleichbehandlung, aber auch die Auslegung der Härtefallkriterien zu dokumentieren. Nach einem ersten erfolglosen Versuch mit den Kantonen im Jahr 2020 wird die Aktion im Jahr 2021 wieder aufgenommen.
- 3) Es wurde eine Arbeitsgruppe zu Menschen aus der Mongolei eingerichtet, um die Bedürfnisse dieser Gemeinschaft in der Schweiz besser zu verstehen. Eine Community, welche sich in den letzten Jahren verändert hat und über die nur wenig bekannt ist.

Organisation und Strukturen der Plattform

Die Stelle eines Lobbyisten und Kommunikationsbeauftragten wurde zunächst für 6 Monate mit Mitteln aus der Plattform geschaffen. Nicola Goepfert, der in Basel-Stadt im Bereich der Sans-Papiers tätig ist, wurde eingestellt. Die Stelle könnte um 6 Monate verlängert werden.

Das Jahr 2020 wurde auch vom Ausscheiden der deutschsprachigen Co-Präsidentin Mattea Meyer geprägt, die sich anderen Aufgaben zuwendet sowie anderen Wechsel in der Kerngruppe der Plattform für Sans-Papiers. Céline Widmer, SP-Nationalrätin aus Zürich und Mitglied der SPK, wurde zur neuen Co-Präsidentin gewählt. Marianne Halle vom CCSI in Genf und Bea Schwager von der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich wollten ihren Platz in der Kerngruppe für 2021 weitergeben. Marie Saulner Bloch von der UNIA und Karin Jenni von der Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers haben das bestehende Team ergänzt. Auch Olivia Payo von HEKS hat ihren Platz an ihre Kollegin Nina Vladovic abgegeben und Jelena Lubina von der Luzerner Beratungsstelle an Barbara Hosch.

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern der Plattform für ihre harte Arbeit im Jahr 2020 bedanken. Mein besonderer Dank geht an die scheidenden, neuen und verbleibenden Mitglieder der Kerngruppe: Guadalupe Dejudicibus CSP Vaud, Marie Saulnier Bloch von der Unia, Barbara Hosch und Jelena Lubina von der Beratungsstelle Sans-Papiers Luzern, Marianne Halle CCSI Genève, Olivier Payo Heks, Nina Vladovic Heks, Karin Jenni Beratungsstelle Bern, Widmer Céline, Mattea Meyer und Nicola Goepfert.

Wir sind alle bereit, das Jahr 2021 in Angriff zu nehmen und uns wieder persönlich und nicht mehr per Videokonferenz zu treffen!

Lausanne, 27 Juni 2021

Ada Marra, Co-Präsidentin